

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 28. 35. Jahrg.

14. Juli 1922

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 10 Mk. 4: Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 2573). Für die Länder des Weltpostvereins 20 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24 : Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schenkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 4 - Mk., bei Wiederholung Rabatt Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 2 - Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Inhalt:

Hauptteil: Der elfte Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands. An die Delegierten zum Verbandstag in Nürnberg. Was uns trennt und was uns vereint. - **Gewerkschaftl. Rundschau:** Der Verbandstag der Buchdrucker. I. - **Allgemeines:** Der Verband im Jahre 1921. (Schluß). - **Der Betriebsrat:** Betriebsräte und Gewerkschaften. - **Photographischer Mitarbeiter:** Tarifrevisions-Verhandlungen im Bromsilber-Kunstdruck. - **Die Tapetenbranche:** Lohnverhandlungen in der Formstecherbranche. - **Anzeigen.**

Der elfte Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands.

Längst schon sind die Beauftragten des freigewerkschaftlich organisierten Proletariates, die in Leipzig mithelfen sollten, den Weg der freien Gewerkschaften für die Zukunft abzustecken, in ihre Wirkungsplätze zurückgekehrt, und die Berichterstattung über die Leipziger Tagung ist sowohl in Versammlungen wie in der Arbeiterpresse so eingehend erfolgt, daß es unnötig ist, sich in Wiederholungen zu ergehen. Worauf es jetzt ankommt, ist, aus dem Verlauf dieser Tagung die notwendigen Schlüsse zu ziehen, damit die gesamte freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft in aller Geschlossenheit neuen Zielen zustreben kann.

Der 11. Gewerkschaftskongreß verlief nicht anders als erwartet werden konnte. Der feste Wille, die freien Gewerkschaften noch weiter zu stärken und auszubauen und alle Revolutionserrungenschaften zu sichern, machte den Unterton des ganzen Kongresses aus. Er brach auch dort durch, wo die Meinungen über die taktische Haltung der freien Gewerkschaften stark auseinandergingen. Das zeigte sich bei allen Punkten der Tagesordnung, die Parteiredner oder Korreferenten zuließen.

Neben der großen Zahl von Delegierten, die unserer Meinung nach nicht Voraussetzung intensivster Arbeitsfähigkeit sind, waren neben zahlreichen Gästen von ausländischen Bruderorganisationen auch eine Reihe Vertreter der Regierungen anwesend, die zu Beginn des Kongresses zu Begrüßungsansprachen das Wort nahmen. Das rote Tuch, vorwiegend der Dekorationsstoff aller Arbeiterkongresse, hat seine abhaltende Wirkung in dieser Beziehung verloren. Nicht, weil die Gewerkschaften sich gewandelt haben, sondern weil der Gang der Entwicklung etwas anderes gar nicht zuläßt. Ist auch das Kräfteverhältnis noch nicht so verschoben, daß die freien Gewerkschaften diktieren können was unter allen Umständen zu tun ist, so ist doch auch heute ein Handeln gegen den ausgesprochenen Willen der freien Gewerkschaften ein Ding der Unmöglichkeit. Nichts beweist deutlicher als gerade diese unumstößliche Tatsache aber, daß wir uns gegenwärtig in einem für die Zukunft äußerst wichtigen geschichtlichen Zeitabschnitt befinden, an dem der Historiker nicht achtlos vorübergehen kann. Leider wird das von der Arbeiterschaft allgemein gar nicht so recht gewürdigt. Den Gewerkschaften erwächst deshalb daraus die besondere Pflicht, sich der außerordentlich historischen Situation bewußt zu sein und das Gefühl, das so gern über alle Schranken der Wirklichkeit mit kühnem Sprunge hinwegsetzen möchte, an den Platz zu verweisen, an den es als Förderer

An die Delegierten zum Verbandstag in Nürnberg.

In Kürze treten die Beauftragten der Kollegenschaft in Nürnberg zusammen, um für die nächste Zukunft den Kurs festzulegen, nach dem das Verbandsschiff zu steuern ist. Den Delegierten steht eine verantwortungsvolle und arbeitsreiche Tagung bevor. Deshalb muß dafür gesorgt werden, daß den Delegierten ermöglicht wird, diese Arbeit auch leisten zu können. Die Mitgliedschaft Nürnberg ist bemüht, alles in dieser Beziehung zu tun. Die Vorarbeit dazu ist in vollem Gange und steht zu erwarten, daß dem Willen auch das Vollbringen zur Seite steht. Vorerst folgende Mitteilung zur freundlichen Beachtung:

Das Tagungsort befindet sich im Hotel „Deutscher Hof“, Nürnberg, Frauentorgraben Nr. 29, vom Bahnhof 5 Minuten entfernt.

Um den Delegierten eine schnelle Orientierung zu ermöglichen, werden sie in der Ausgangshalle des Bahnhofes von Kollegen, die durch rote Armbinden kenntlich sind, empfangen und in ihre Quartiere gebracht werden. **Wir ersuchen deshalb um Zeitangabe der Ankunft. Ferner erbiten wir Mitteilung, ob Quartier gewünscht wird oder nicht.**

Um möglichst alle Wünsche befriedigen zu können, sind sofort diesbezügliche Meldungen an den Kollegen

**Franz Volk,
Nürnberg-Siedlung 1,
Heroldsbergerweg 52**

zu richten.

**Der Vorstand der Mitgliedschaft
Nürnberg.**

der Entwicklung fruchtbringende Arbeit zu leisten imstande ist.

Von diesem Geiste waren auch die Beratungen des Gewerkschaftskongresses über die zur Tagesordnung gestellten Hauptpunkte beseelt. Wenn es auch nichts geschadet hätte, daß bei Behandlung des Punktes „Betriebsräte und Gewerkschaften“ mehr in die praktische Tätigkeit der Betriebsräte eingestiegen worden und in eingehender Weise die Schwierigkeiten, die die Unternehmer zur Sabotage des BRG. aufwürfen, aufgezeigt worden wären, so kam es doch in erster Linie darauf an, in den Mittelpunkt der Beratungen zu stellen, daß die Betriebsräte nur mit den Gewerkschaften fruchtbringende Arbeit zu leisten imstande sind. — Die Betriebsräte werden nur mit den Gewerkschaften vereint erfolgreich sein, oder sie werden nicht sein! So schrieben wir schon, als die gesetzlich gewährleisteten Rechte der Betriebsräte den Anfang praktischer Arbeit auslösten.

Auch die Entscheidung über „Organisationsform und die Methoden der Gewerkschaftsbewegung“ ist in dem Sinne gefallen, wie wir sie propagiert und für notwendig gehalten haben. Der Beschluß bezüglich der Organisationsformen lautet:

„Die allgemeine ökonomische Entwicklung vollzieht sich in schnellem Tempo zu großen industriellen Unternehmungen und damit zur Konzentration kapitalistischer Kräfte. Der großindustrielle Entwicklungsprozeß hat weiter dazu geführt, daß eine Trennung der Unternehmungen auf rein beruflicher Grundlage mehr und mehr in den Hintergrund tritt. An ihre Stelle sind Industrie-Unternehmungen getreten, die im Produktionsprozeß eine Reihe einzelner Fachgruppen einheitlich umfassen. Die organische Zusammenfassung kapitalistischer Kräfte geht jedoch darüber hinaus. Sie beginnt mit der Erzeugung und Gewinnung der Rohstoffe. Die Erzeugung und Gewinnung von Rohstoffen, ihre weitere Verarbeitung und Ausnutzung der sich ergebenden Nebenprodukte, der Transport und Verkauf der Ware stehen vielfach in enger Verbindung.“

Dieser Entwicklungsgang wird von kapitalistischer Seite mit allen Kräften gefördert. Das zeigt sich in der Verbindung zusammenhängender oder verwandter Industriezweige, darüber hinaus in der Bildung von Konzernen, die mehr und mehr das ganze Wirtschaftsleben beeinflussen. Bei handwerksmäßigen Betrieben treten noch vielfach Kleinunternehmer hervor. Die Arbeiter der verschiedenen Handwerksberufe sind jedoch öfter an einem gemeinsamen Arbeitsplatz beschäftigt, so im Bauwesen. Auch bei den handwerksmäßigen Betrieben vollzieht sich ein enger organisatorischer Zusammenschluß.

Im Kampfe der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen muß deshalb dem straff organisierten Unternehmertum eine in große leistungsfähige Industrieorganisationen zusammengefaßte Arbeiterschaft entgegengestellt werden. Der Gewerkschaftskampf wird benachteiligt und ein einheitliches Arbeiten aufs äußerste erschwert, wenn mehrere Berufsorganisationen in einer Industriegruppe ihr Betätigungsfeld erblicken. Dasselbe trifft zu, wenn bei Tarifverhandlungen einem Unternehmer oder einer einheitlichen Unternehmergruppe eine Anzahl von Berufsorganisationen gegenüberstehen. Dies führt zu einem unnötigen Verbrauch an Kräften und Mitteln.

Die an die Gewerkschaften gestellten Anforderungen sind in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Die Aufgabe der Betriebsräte sowie die Wirtschaftstragen und die mit allen Kräften anzustrebende Sozialisierung können nicht genügend auf der Grundlage des einzelnen Berufs gefördert werden. Das kann erfolgreich nur durch Industrieorganisationen geschehen.

Aus allen diesen Gründen hält der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß eine grundlegende Änderung

der bisherigen Gewerkschaftsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechts für notwendig. Für große zusammenhängende Industrien, z. B. Bergbau, Hütten- und Metallindustrie, Baugewerbe, graphisches Gewerbe, Transport- und Verkehrsgewerbe, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, Leder herstellende oder verarbeitende Industrie, Holzindustrie, Lebens- und Genußmittelindustrie, Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Weinbau und Gärtnerei, sind einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen. Dies geschieht durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen.

Ausgehend von dieser Anschauung, beauftragt der Kongreß den Vorstand und Ausschuß des ADGB, in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorsieht. Diese Vorlage ist zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung zu überweisen.

Die arbeitsvertraglichen und sozialrechtlichen Verhältnisse der Angestellten und Beamten sind vielfach anders geartet als die der Handwerker und bedingen deshalb besondere Gewerkschaftsrichtungen und Kampfmethoden. Aus diesem Grunde haben sich besondere Angestellten- und Beamtenorganisationen gebildet. Die Verwirklichung der Solidarität von Hand- und Kopfarbeiter erfordert jedoch eine ständige und innige Verbindung der beiderseitigen Organisation. Der Kongreß stellt mit Genugtuung fest, daß die im Afa-Bund vereinigten Angestelltenverbände nicht nur in der Organisation der Angestellten erfreuliche Fortschritte gemacht haben, sondern auch mit größtem Erfolg bemüht sind, ihre Mitglieder zu freigewerkschaftlicher Gesinnung und zum Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse zu erziehen.

Der Kongreß sieht in dem vereinbarten Zusammenarbeiten des ADGB und des Afa-Bundes sowie in der durchgeführten Unterteilung nach Fachgruppen ausreichende Möglichkeiten für ein gedeihliches gewerkschaftliches Zusammenwirken der Angestellten und Arbeiter. Er beauftragt den Bundesvorstand, seine Bemühungen fortzusetzen, um mit den gewerkschaftlichen Beamtenverbänden ein ähnliches Verhältnis herbeizuführen.

Die zunehmende Konzentration der Gewerkschaftsbewegung hat äußerlich ihren Ausdruck gefunden in der Gründung des ADGB. Um den Konzentrationsprozeß im Innern weiter zu fördern, müssen die Bemühungen aller angeschlossenen Verbände darauf gerichtet sein, eine größere Einheitlichkeit in den Einrichtungen und Methoden herbeizuführen. Insbesondere hält der Kongreß die Befolgung einheitlicher Grundsätze bei der Führung von Lohnbewegungen für unerlässlich und er fordert alle Verbände nachdrücklich zur Einhaltung der vereinbarten Richtlinien und Beschlüsse auf. Ohne zu übersehen, daß die unterschiedlichen beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine vollkommene Gleichmäßigkeit der Beitragsregelung und der Unterstützungseinrichtungen zur Zeit ausschließen, hält jedoch der Kongreß eine Ausgleichung der heute vorhandenen starken Unterschiede für möglich und zweckmäßig. Er empfiehlt den Verbänden, darüber Vereinbarungen herbeizuführen, und beauftragt den Bundesvorstand, in diesem Sinne zu wirken. Eingehend und fortgesetzt ist ferner zu prüfen, ob durch einheitliche, gegebenenfalls gemeinsame Maßnahmen auf den Gebieten der Agitation und Verwaltung die Erfüllung dieser Aufgaben erleichtert und erfolgreicher gestaltet werden kann.

Über „Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsrate“ referierte Genosse Wissel. Korreferent war der Vorsitzende der Schuhmacher Simon. Der Antrag: „Der Kongreß wolle beschließen, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszutreten“ wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt, dagegen votiert, daß das Ziel des Klassenkampfes die Befreiung des Proletariats vom Drucke des Kapitalismus und die Überwindung der Macht des Privatkapitals zum Zwecke einer Gestaltung der Wirtschaft, in der die Allgemeininteressen ausschlaggebend sind, ist. Es wird deshalb als notwendig erkannt, daß auf dem Boden der noch bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Proletariat zunächst noch zusammen mit den Unternehmern und mit Verwertung der ökonomischen Sachkunde desselben diejenigen Formen der Gütererzeugung und Güterverteilung zu errichten versuchen muß, die es dem Proletariat ermöglichen, im Grade des Wachstums seiner politischen Macht und seiner in praktischer Mitarbeit erworbenen wirtschaftlichen und technischen Schulung Stück für Stück aus der kapitalistischen Privatwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft zu überführen. Alle Möglichkeiten des Hineinwachsendens in die Wirtschaft hat deshalb die Arbeiterchaft auszunutzen.

Das Referat des Genossen Professor Sinzheimer: „Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutsch-

land“ war ohne Zweifel der Höhepunkt des Kongresses. Da das Referat demnächst in Broschürenform erscheinen wird, ist es nicht nötig, auf das vorzügliche Material des von Sinzheimer behandelten Gebiets einzugehen. Wir möchten aber nicht unterlassen schon jetzt darauf zu verweisen, daß diese Broschüre von jedem gelesen sein muß, der sich über das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland, wie es gestaltet werden muß, informieren und wer bei den noch folgenden Debatten mitreden will.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Tagung, die am 24. Juni zum Abschluß kam, neuen Erfolgen die Bahn geebnet hat. Der reich an dramatischen Vorgängen verlaufene Kongreß wurde durch den feigen Meuchelmord an dem Minister Rathenau noch in den letzten Stunden zu ungeheurer Erregung hingerissen. In einer unter stürmischen Beifallskundgebungen angenommenen Aufforderung an die organisierte Arbeiterschaft wurde in scharfen Worten die reaktionäre Mörderbande verurteilt und zur Arbeitseinstellung am 27. Juni aufgefordert.

Der elfte Gewerkschaftskongreß hat mit aller Deutlichkeit den geschlossenen Willen zur Einheit bekundet. Seit Nürnberg wurden die Gewerkschaften viel verlästert, beschimpft und mit Schmutz beworfen. In Leipzig mußten sich alle bemühen, sachlich zu sein, und einsehen, daß die realen Verhältnisse zwingen, mit den Füßen auf dem Boden zu bleiben. Möge das immer so sein, dann wird der gemeinsamen Sache am besten gedient, die Zerfleischung in den eigenen Reihen unterbleiben und geschlossen die Front gegen die Reaktion gerichtet sein. Dem Unternehmertum hat der Kongreß in nicht zweideutiger Weise zu verstehen gegeben, daß sich seine Hoffnungen auf Spaltung der Gewerkschaften niemals verwirklichen werden.

Was uns trennt und was uns vereint.

Von W. Landa.

Die Deutschen Gewerkschaften haben allen Stürmen unserer Zeit standgehalten und sie sind das geblieben was sie waren, *einheitlich, disziplinierte, geschlossene Organisationen.*

Ja, sie sind der Fels der Arbeiterbewegung überhaupt.

Zahlenmäßig sind sie von 2 1/2 auf 8 Millionen Mitglieder gestiegen und die politische und wirtschaftliche Entwicklung gab ihnen die rechtmäßige Anerkennung in der Verfassung und damit im öffentlichen Leben.

Jede Regierung hat die Gewerkschaften als wirtschaftlichen und politischen Faktor in Rechnung zu stellen und aus diesem Bewußtsein schöpft die Arbeiterschaft neue Kraft und frischen Mut um mit Zuversicht den Weg vorwärts zu schreiben, den ihr die Geschichte vorgezeichnet hat.

Trotz dieser Einheit spiegelt sich auch in den Gewerkschaften die parteipolitische Zerrissenheit wider und die Folgen davon sind, Auseinandersetzungen, die leider oftmals „viel Irrtum und nur ein Fünkchen Wahrheit“ enthalten und dadurch die Atmosphäre des gemeinsamen Wirkens unnötig vergiften.

Diesem Einhalt zu tun, Irrtum und Wahrheit, Trennendes und Vereinendes lßt zu legen, alles auf seine historische Notwendigkeit zurück zu führen und das Zweckmäßige nüchtern zu prüfen, muß unser aller Streben sein.

Wenn auch mit der „Einheitsfront“ schon wieder Schindluder getrieben wird, so bleibt sie dennoch das Ziel und der heißeste Wunsch aller ehrlichen Sozialisten und zwar nicht nur aus einer gefühlsmäßigen Einstellung heraus, sondern aus der Erkenntnis, daß das Proletariat, die vermeintliche „Schlacht am Birkenbaum“ verloren hat und daß es gilt die Kämpfer zu sammeln um der wachsenden Macht der Weltreaktion eine geschlossene Front gegenüber zu stellen.

Es gibt viele unter uns, die in sentimentaler Reminiszenz der Zeiten gedenken, als diese Einheitsfront noch bestand und sich fragen: „Warum mußte es erst soweit kommen?“ Diese Frage zu stellen ist berechtigt, nur darf sie keine irrige Beantwortung erhalten.

Gewiß, man kann der Meinung sein, daß die Spaltung in Gotha ein Unglück für die Arbeiterbewegung war und daß der Austritt des Spartakusbundes aus der USP, das unheilvollste Verhängnis für den Verlauf der deutschen Revolution bedeutete, aber es ist kleinbürgerlich und spießhaft sich darüber moralisch zu entrüsten und immer und überall nur einzelnen Personen die Schuld an den Ereignissen beizumessen, sondern man muß schon die Dinge von ihrer historischen, begründeten Notwendigkeit aus betrachten ohne deswegen Fatalist zu sein. Wenn von Schuld die Rede sein soll, dann ist weder

die eine noch die andere Seite davon ausgenommen. Wir überlassen die Erforschung dieser Probleme dem Historiker und Theoretiker, denn es wirkt nicht zusammenführend, wenn wir immer wieder die Wunden aufreißen und uns allseitig begangene Sünden vorwerfen, sondern wir geloben uns allen lauterer Mitteln die alte Einheit in der politischen Linie wieder herzustellen. Dies soll natürlich nicht bedeuten, daß wir nun ein Unisono anstimmen und jede grundsätzliche Differenz ableugnen oder unterdrücken wollen, sondern im Gegenteil, es wird notwendig sein, die grundsätzliche politische Linie unter Einschätzung der objektiven Verhältnisse ganz klar und deutlich in sachlicher Weise zu betonen, damit nicht aufs Neue Irrtum und Mißverständnis in unsere Reihen getragen wird. Wir sind aber der Meinung, daß alle diese grundsätzlich verschiedenen Auffassungen genau in einer Partei ausgetragen werden können, wie es früher Frank und Liebknecht in einer Partei ausgetragen haben.

Voraussetzung dazu ist, daß wir uns bewußt sind, daß unter uns keine Feinde sind, sondern daß wir alle einen gemeinsamen Feind haben, der außerhalb unseren Reihen steht.

Politik hat in der Frage des Tempos der Gesellschaft zweierlei Meinungen; „die einen bedenen alles noch im weiten Felde steht“ und die anderen „die denken, es könnte morgen schon losgehen, wenn nicht von irgendwem, irgendwo gebremst würde“.

Es muß zum tausendsten Mal unermüdet gesagt werden, daß der Gang der Geschichte abhängig ist von zwei Faktoren: Objektiven und subjektiven.

Unter objektiven Faktoren bezeichnen wir allgemein ausgedrückt, die realen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an sich und der Menschen zueinander, und die subjektiven Faktoren sind der Wille, die Fähigkeit und die Reife der Menschen im persönlichen Sinn. Der Mangel dieser Einsicht brachte uns zuletzt die unglückselige Märzaktion 1921, die insofern ihr Gutes und Notwendiges hatte, weil sie vielen die Augen öffnete über die nun unverhüllt anarchische Politik, die gewisse Leute in Moskau zur Anwendung brachten.

Darum mußten jene Einsichtigen einer Partei den Rücken kehren, trotzdem sie bei der Gründung dieser Partei der Hoffnung waren, daß es gelingen werde in dieser „Vereinigten Kommunistischen Partei“ alles Unklare und Unreife zu beseitigen, denn nun mußten sie erleben, daß Narren und Kinder ein kaum begonnenes Werk schnöde in Trümmer schlugen.

Wenn diese Genossen, nachdem sie ein Jahr in der provisorischen Übergangsgruppe „Kommunistische Arbeits-Gemeinschaft“ ihre Anhänger gesammelt haben, nun „ohne Hurra Stimmung“ zu USP übergetreten sind, so folgten sie lediglich einer politischen Notwendigkeit, weil sie der Überzeugung waren, daß mit dieser Tat für die breiten Massen das geschichtliche Beispiel gegeben ist, daß nun die Epoche der Zusammenführung des Proletariats begonnen hat und daß jeder, selbst unter persönlichen Opfern, diesen Weg beschreiten muß.

Noch fehlt überall die Würdigung und Einsicht dieser realpolitischen Einstellung, die einen ehrlichen Bekennermut von jedem einzelnen verlangt; ja die Genossen der ehemaligen K. A. G. bekommen heute von rechts und links, ja sogar von der Mitte allerlei zu hören.

Der Empfang in der USP, war kein freundlicher und Berlin hat folgenden Willkommengruß entgegen geschickt:

„Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. nimmt Kenntnis von der Absicht der Kommunistischen Arbeits-Gemeinschaft zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zurückzukehren. Wir betrachten diesen Schritt als ein Zeichen der Selbstbesinnung und sehen darin ersten und ehrlichen Willen, in der U. S. P. D. mit allen Kräften für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele einzutreten.“

Die Ausführung dieses Vorsatzes der K. A. G. den Übertritt zur U. S. P. zu vollziehen, erfordert Vertrauen auf beiden Seiten und das Hervorkleben der großen politischen Gesichtspunkte. Hiervon ausgehend sind wir bemüht, zu vergessen und den enttäuschten und neu geklärten Genossen die Rückkehr zur U. S. P. so leicht wie möglich zu machen.

Es fehlte nur noch, „Aue Buße und strenge Asche auf dein Haupt“.

Im verstärkten Maße klingt das Mißtrauen von den Genossen der rechten Seite, die noch Worte wie Inkonsequenz, „schwankende Gestalten“ und dergleichen hinzufügen.

Von links gar nicht zu reden, obwohl man sich hier mit dem Wort Verrrerrat schon heiser geschrien hat und eine Steigerung im Ausdruck der Verachtung gegen die eigenen Klassengenossen nicht mehr möglich ist. Von allen Seiten also Mißverständnis und Verknennung.

Daher ist es wirklich am Platze, auch an dieser Stelle einmal ganz offen und frei über das wirklich wahrhaftige und bewußte Wesen der revolutionären politischen Einstellung und deren Absichten und Möglichkeiten zu reden.

Dazu ist es notwendig eine objektive Schilderung der Gegenwart voraus zu schicken.

Die deutsche Revolution ist von der Flut in die Ebbe gekommen und bei aller Erkenntnis der Krise des Weltkapitalismus und seiner Unlösbarkeit

unter Beibehaltung aller Gedankenteiler der persönlichen kapitalistischen Grundlage, also bei der Erkenntnis aller objektiven Voraussetzungen für eine revolutionäre Erhebung der besitzlosen Klasse, müssen wir, frei von jeder Illusion, feststellen, daß die subjektiven Verhältnisse ein großes Minus aufweisen, d. h. die arbeitende Klasse ist absolut passiv und es ist keine geschichtliche Perspektive auszuzeichnen, die uns nur irgendwie die Möglichkeit zeigte, daß eine revolutionäre Welle diese Krise besiegeln könnte.

Die Geschichte gab solche Möglichkeiten, aber die Besitzlosen haben den Mut nicht vernommen. Heute ist am Welttheater nicht nur eine andere Szene als in dem Zeitabschnitt 1918—1920, sondern auch die Rollen sind gründlich vertauscht.

Wir haben uns damit abzufinden, daß ein „politischer Alltag“ eingekehrt ist, und daß jede ernste Politik auf diese Tatsache eingestellt sein muß.

Es kann also niemand von einer revolutionären Situation, die nur der Auslösung bedürfte, reden. In solchen Zeiten ist es dem Revolutionär unmöglich seine revolutionäre Einstellung nach außen durch die Tat kund zu tun. Das wäre gerade so, wenn wir z. B. vom Wachs, welches die Eigenschaft besitzt durch Einwirkung von Wärme zu schmelzen, nun verlangen würden, daß das Wachs auch schmilzt, wenn wir es in den Eiskasten legen.

Trotzdem ruht im Wachs diese Eigenschaft weiter, die aber nur dann sich manifestieren wird, wenn der andere Faktor hinzu kommt, nämlich die Wärme.

Nun aber, dem Wachs, welches im Eiskasten liegt, den Vorwurf zu machen, es habe seine Eigenschaft zu schmelzen aufgegeben, wäre töricht und ungerecht.

Genau so liegen die Dinge für den Revolutionär in der Zeit absoluter Legalität, wo die Gemüter so ruhig liegen, wie der glatte Spiegel am Meer. Wir wären ja Narren oder Spitzbuben wollten wir uns heute mit deklamatorischen Aufrufen und Aufforderungen, mit Erklärungen und Manifesten à la 1919 an die Massen wenden, denn so notwendig sie damals waren, so würden sie in unserer Zeit nur eine Chimäre, eine Floskel darstellen.

Um nur ein Beispiel zu nennen, in den Januartagen 1919, da hieß es:

„Arbeiter! Soldaten! Genossen!
Bewaffnet, Euch!

Erscheint in Massen in der Siegesallee!

Und die Massen bewaffneten sich und sie standen in der Siegesallee.

So folgerichtig diese Parolen und diese Taten in der Glutatmosfera der Revolution gewesen sind, so närrisch wäre es heute damit zu spielen.

Wir befinden uns in einer Epoche der praktischen Arbeit, der vorbereitenden Aufklärung und Schulung, die zähe und systematisch geleistet werden muß und in mancher praktischen Arbeit kann und wird sich der Revolutionär vom Reformisten aber auch durch nichts unterscheiden.

Seine Feuerprobe hat der Revolutionär zu bestehen, in der revolutionären Situation.

Nun mag sich mancher fragen, wozu betonen wir so scharf die eine und die andere Richtung und wodurch unterscheiden sich die beiden voneinander?

Die revolutionäre Weltanschauung ist der Überzeugung, daß die Geschichte ihre Wege der legalen Entwicklung dann unterbricht, wenn sich soviel Konfliktstoff angehäuft hat, daß nur eine katastrophale Umwälzung eine Lösung und ein Vordrängestreiben der Entwicklung bringen kann.

Den Vorzug dieses Weges belegen wir mit den Worten von Lassalle in seinem Arbeiterprogramm:

„Erst die Revolution stürzte — diese aber auch an einem Tage durch den Bastillesturm — was in Deutschland seit 1672, in Frankreich seit 1614 seit fast zwei Jahrhunderten, auf legalem Wege, vergeblich erstrebt worden war.“

Sie ersehen daraus, meine Herren, daß, welche große Vorteile auch dem Reformieren auf legalem Wege zukommen, dieser doch wieder bei allen wichtigen Punkten den einen großen Nachteil hat, von einer sich über ganze Jahrhunderte hin erstreckenden Ohnmacht zu sein, und andererseits, daß der revolutionäre Weg, mit wie unfehlbaren Nachteilen er auch verbunden ist, dafür den einen Vorteil hat, schnell und energisch zu einem praktischen Ziele zu führen.“

Und um nur ein einziges Beispiel aus der Geschichte zu geben stellen wir folgende Frage:

„Ist irgendjemand der Meinung, daß die Staatsform Deutschlands sich auf dem legalen, ordnungsmäßigen Weg zur Republik entwickelt hätte? Nein! Niemand!“

Ohne die fürchterliche Katastrophe des Weltkrieges, die doch wahrlich eine gewaltsame Umwälzung in der Geschichte darstellt, gäbe es keine deutsche Republik. Es ist also ganz klar und ließe sich mit hunderten Beispielen belegen, daß die Geschichte, die großen Fragen auf dem Wege der Revolutionen löst.

Diese Erkenntnis, in der Zeit der Legalität, in die Köpfe hinein zu hämmern, sie in diesem Sinne zu bilden und zu schulen, sie vorzubereiten auf kommende, unaufhaltsame Katastrophen und in der revolutionären Epoche alles zu unterstützen, was in der Absicht der Geschichte liegt und dem rollenden Wagen der Revolution noch einen Stoß

zu geben, das ist die geheimnisvolle, mysteriöse Tätigkeit, Aufgabe und Pflicht des Revolutionärs.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in der Vorkriegszeit, die Massen nicht in diesem Sinne vorbereitet und geistig eingestellt und daher stand das deutsche Proletariat am 9. November den Ereignissen, so hilflos gegenüber.

In der kommenden, geeinten, sozialistischen Partei, diese geistige Einstellung und Vorbereitung zu fördern, das wird die Aufgabe der Revolutionäre sein.

Damit allein ist natürlich der Aufgabenkreis nicht erschöpft, denn auch der Revolutionär wird jede Reform, die die Lebenslage der Arbeiterschaft verbessert, nicht nur mit aller Energie unterstützen, sondern er wird darum auch mit besten Kräften praktisch mitarbeiten. Darüber hat es in ersten Kreisen, noch nie einen Zweifel gegeben; es erscheint aber notwendig mit aller Deutlichkeit und Klarheit dies einmal festzustellen und bei dieser Gelegenheit den Unterschied zwischen Reformist und Revolutionär aufzuzeigen.

Schon vor 20 Jahren schrieb Kautsky:

„Wer die politische Revolution als Mittel der sozialen Umwälzung prinzipiell ablehnt oder diese auf solche Maßregeln beschränken will, die von den herrschenden Klassen zu erlangen sind, der ist ein Sozialreformer, wie sehr auch sein gesellschaftliches Ideal der bestehenden Gesellschaftsform entgegengesetzt sein mag. Dagegen ist jeder ein Revolutionär, der dahin strebt, daß eine bisher unterdrückte Klasse die Staatsgewalt erobert. Er verliert diesen Charakter nicht, wenn er diese Eroberung durch soziale Reformen, die er den herrschenden Klassen abzurufen sucht, vorbereiten und beschleunigen will. Nicht das Streben nach sozialen Reformen, sondern die ausgesprochene Beschränkung auf sie unterscheidet den Sozialreformer vom Sozialrevolutionär.“

Damit glauben wir diese Frage nach allen Seiten hin geklärt zu haben.

Nun noch ein Wort über die Umstellung der Gewerkschaften.

Zusammenschluß — Industrieorganisation — Massenaktion, das sind die Parolen, die den Weg abstecken.

Auch über dieses Problem herrscht in Kollegenkreisen viel Irrtum.

Wir hören vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Umstellung der Gewerkschaften bedeutet, daß nun jede Organisation, wenn ihre Forderung nicht bewilligt wird, in den Streik zu treten hat.

Das heißt also, die alte Taktik verhandelt und die neue Taktik streikt und das wäre dann die Umstellung der Gewerkschaften.

Eine solche Taktik würde aber in Wirklichkeit bedeuten, ein Zurückkehren zum alten Froschmäusekrieg der Vorkriegszeit der einfach heute nicht mehr durchzuführen ist.

Gerade das Gegenteil von dem was oftmals verlangt wird, das ist die Umstellung der Gewerkschaften.

Warum verlangen wir neue Wege?

Weil wir der Meinung sind, daß durch die auf den Kopf gestellten wirtschaftlichen Verhältnisse, die Organisationen einfach nicht mehr in der Lage sind, ihre Kämpfe in der Art der Vorkriegszeit führen zu können.

Wir haben es tausendmal ausgesprochen, daß die Arbeitsniederlegung einer Berufsgruppe, um höheren Lohn zu erreichen, heute nicht mehr zum Ziele führen kann, weil die aufgestellte Forderung am Anfang der Bewegung durch die sich steigende Entwertung des Geldes, am Ende derselben aufgehoben ist, und weil die Dinge finanziell nicht mehr zu meistern sind. Daher verlangen wir Zusammenschluß und Industrie-Organisationen um dadurch die Geschäfte zu vereinfachen und die Gewerkschaften als große Organisationen und letzten Endes, als Gesamtheit ihre Macht in die Wagschale der Politik werfen zu lassen. Das ist die Umstellung der Gewerkschaften.

Wir fragen am Anfang, was uns trennt und was uns vereint? Wir sind der Auffassung, daß die Verschiedenartigkeiten der Meinungen überbrückt werden können, wenn gegenseitiges Vertrauen in die Ehrlichkeit des andern gesetzt wird.

Wir wissen, daß man durch Einigkeit predigen, diese nicht herbeiführt, sondern, daß diese Einigkeit nur geschaffen wird im Kampf und in der Bedrängnis.

Auf diese Stunde schon jetzt, die Köpfe vorbereiten, das muß aber unser aller Streben sein.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Verbandstag der Buchdrucker.

Der deutsche Buchdruckerverband hält alle zwei Jahre seinen Verbandstag ab. Die 1920 in Nürnberg tagende Generalversammlung brauchte 10 Tage zur Erledigung ihrer Aufgaben. Der diesjährige Verbandstag in Leipzig sollte in der Zeit vom 3 bis 8 Juli die 16 Punkte seiner Tagesordnung erledigen. Die Tagungszeit mußte infolge verschiedener Beeinflussung um 2 Tage verlängert werden. Der Verbandstag trat zusammen unter dem Zeichen des Berliner Buchdruckerstreiks, einer Be-

wegung, die der ganzen Tagung ihren Stempel aufdrückte.

Aus den vorliegenden 2 Jahresberichten geht hervor, daß die Mitgliederzahl noch gesteigert werden könnte und gegenwärtig 75 547 Mitglieder, darunter 10 weibliche, vorhanden sind. Das Vermögen ist auf 27 735 000 Mark angewachsen.

Als Delegierte sind 152 Kollegen gewählt worden. Weiter war der gesamte Verbandsvorstand und die Korrespondentredaktion vertreten. Durch Delegierte waren vertreten der Bildungsvorstand der deutschen Buchdrucker, das Tarifamt, die Zentralkommission der freien Faktorenvereinigung, der Graphische Bund durch seinen Sekretär, Kollegen Pritschow, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund durch P. Graßmann, die Graphischen Verbände durch W. Harder, Buchbinder, C. Pucher, Hilfsarbeiter, und J. Haß für unseren Verband. Ausländische Vertreter waren aus der Schweiz, Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Holland und Jugoslawien gekommen.

Die vorliegenden Jahresberichte wurden ergänzt durch einen mündlichen Bericht, den der Vorsitzende, Kollege Seitz, erstattete. Er begann mit dem Hinweis auf die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und zeigte deren Auswirkungen für den Verband der Buchdrucker. Er schilderte dann die Hauptarbeit des Verbandsvorstandes, der innerhalb der letzten 2 Jahre 14 Lohnverhandlungen zu führen hatte, die eine Lohnsteigerung von 900 Mark pro Kopf und Woche gebracht haben. Er verglich die frühere Tätigkeit mit der heutigen und machte den Krieg mit seinen Folgen für diese jetzigen Verhältnisse verantwortl. Er wandte sich sehr scharf gegen die Disziplinäre und gegen die Schreibweise in den beiden Blättern der Opposition. Er fragte die verantwortlichen Leiter, ob sie darin eine Förderung der Einigkeit erblickten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach er dem Kollegen Schliebs für seine 25 jährige verdienstvolle Arbeit im Tarifamt den Dank der Organisation aus. Die grundsätzliche Politik der deutschen Gewerkschaften werde durch den Verbandsvorstand gestützt und verteidigt.

Der Kassierer, Kollege Schweinitz, behandelte in seinem mündlichen Bericht besonders die Geldentwertung und die daraus resultierenden Folgen. Das Verbandsvermögen, das 1914 142 Mark pro Kopf betragen hat, betrug am 31. 3. 21 212 Mark und am 31. 3. 22 367 Mark. Die Geldentwertung kommt richtig zum Ausdruck, wenn diese Summen mit den Stundenlöhnen verglichen werden. Die 142 Mark im Jahre 1914 entsprechen 236 Stundenlöhnen. Die 212 Mark im Jahre 1921 nur noch 41 Stundenlöhnen und die 367 Mark nur noch 18 Stundenlöhnen. Er verlangte Beachtung dieser Verhältnisse bei Festsetzung des Beitrages und ein Angleichen der Unterstützungen an die Geldentwertung. In den letzten 3 Jahren sind 7178 Kollegen infolge Arbeitslosigkeit und niedriger Lohnverhältnisse außer Beruf gegangen, von denen nur 2624 zurückgekehrt sind. Der Hauptkassierer kam dann auf die Verwaltungskosten und die großen Ausgaben für Lohnverhandlungen zu sprechen. Für die letzteren sind in der Zeit vom 1. 2. 1921 bis 1. 6. 1922 437 000 Mark ausgegeben worden.

Die Debatte wurde eingeleitet durch 3 Fraktionsredner, gruppiert nach den politischen Parteien. Die KPD. hatte 8 Delegierte, die USPD. 37 und die SPD. 102. Der Redner der KPD., Kollege Engelmeier (Berlin) schob die Schuld an der traurigen Lage der Gehilfen nur der Tarifgemeinschaft zu. Er verlangte, daß andere Mittel als Verhandlungsmittel angewandt werden müßten. Statt der Parole „Tarif- und Arbeitsgemeinschaft“ müsse die Parole „Klassenkampf“ lauten. Er verstieg sich sogar zu dem Ausspruch, daß die Junker durch Generalstreik gezwungen werden müßten, das Land zu bebauen. Der Redner der USPD., Kollege Fiedler (Berlin), stellte sich auf einen weit loyaleren Boden. Seine Freunde betrachteten sich nicht als Fremdkörper in der Organisation. Wenn sie kritisieren, so drücke sich darin die Unzufriedenheit der Mitglieder aus. Sie hätten auch nicht anders handeln können, wenn sie die Führer gewesen wären. Nach mutvollen Worten gegen die Opposition auf der äußersten Linken sprach er sich für zentrale Abmachungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse aus. In diesen sachlichen kritischen Ausführungen störte nur die etwas unvermittelte Antwort: „Drängt die Arbeiter auf den Weg des Klassenkampfes, dann haben wir damit die Wege angedeutet, die gegangen werden müssen.“ Der dritte Redner, Kollege Prox (Weimar) SPD., stellte fest, daß die Reden des Kollegen Fiedler allgemein angenehm überrascht habe. Er warf dem kommunistischen Redner Oberflächlichkeit vor und begründete dies. Er verteidigte die Stellung des Verbandsvorstandes und verlangte, daß ihm Zeit gegeben werde, die sehr schwierigen Probleme unserer Zeit zu lösen. Er stellte den Reden der Oppositionsredner die Wirklichkeit gegenüber und zeigte die Widersprüche zwischen kommunistischer Theorie und Praxis. Mit dem Appell, die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten und deren Macht zu steigern, schloß er unter dem Beifall der großen Mehrheit des Verbandstages.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung lagen 5 Resolutionen vor. In der sehr langen Diskussion wurden die tausendfach gehörten Gründe für und

gegen die Verbandspolitik zum Vortrag gebracht. Kollege Seitz hat dann in seinem Schlusswort darauf geantwortet und gegenüber der Forderung nach Klassenkampf auf die Ministerarbeit der proletarischen Bewegung hingewiesen, die durch einen Generalstreik nicht gefördert werden kann. Vielmehr als den Generalstreik fürchten die Unternehmer die stille, systematische und planvolle Gewerkschaftsarbeit. Er führte auch dafür treffende Beweise an. Er verteidigt weiter mit warmen Worten die Stellung der Gehilfenvertreter bei den Tarifverhandlungen, die nicht um kleinlicher Differenzen wegen alles auf eine Karte setzen können. An dem großen Kampf in Ostpreußen für die Aufrechterhaltung des Tarifes zeigte er die Schwierigkeit der zu leistenden Arbeit. Gegenüber der maßlosen Kritik zeigte er die Wirklichkeit und die erzielten Fortschritte. Er erntete für seine Ausführung -fürmischen Beifall.

Die Resolution der Kommunisten, die die schärfste Verurteilung der Verbandspolitik aussprach, erhielt ganze 8 Stimmen. Die mit 102 gegen 45 Stimmen angenommene Resolution lautet:

„Die 11. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erkennt an, daß nach Lage der gesamten Verhältnisse entsprechend den Beschlüssen der Nürnberger Generalversammlung der Verbandsvorstand sein möglichstes für die Interessen der Kollegenschaft getan hat; sie spricht ihm deshalb ihr Vertrauen aus. Sie stellt aber fest, daß die wirtschaftliche Entwicklung in rasendem Tempo den Niedergang der Lebenshaltung der Kollegen herbeiführt. Sie verlangt von der Verbandsleitung, daß sie zur Steuerung dieser Notlage gegebenenfalls alle gewerkschaftlichen Mittel zur Anwendung zu bringen hat.“

Eine Entschließung, die sich gegen die Tätigkeit des Tarifamtssekretärs Kollegen Schliebs wandte, wurde gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Am 4. Verhandlungstag wurde in den Punkt 2 der Tagesordnung eingetreten. Er lautet: Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung des Statuts der Vorstandsbeschlüsse und der Wahlordnung, sowie zu dem Einheitsstatut des graphischen Bundes. Kollege Krautz hält ein längeres Referat über die vorliegende Materie. Uns interessiert besonders seine Stellung zum Graphischen Bund und Industrieverband. Er schildert, wie die Organisationsform der Gewerkschaften immer umstritten gewesen ist, und daß in der vergangenen Zeit die Berufsorganisation gute gewerkschaftliche Erziehungsarbeit geleistet hat. Er befürchtet, daß im Industrieverband der Zusammenhang ein loserer sein wird. Er behandelt dann die Stellung des Leipziger Gewerkschaftskongresses und verlangt, daß vor der Vereinigung zunächst eine Angleichung der Verhältnisse erfolgen muß. Er behandelt ferner noch die Arbeit des Graphischen Bundes und seine Stellung zur Lohnpolitik. In der eingehenden Diskussion treten verschiedene Redner dem Referenten entgegen; einige bekennen sich mehr oder weniger zu der Auffassung des Referenten. Nach Abschluß der Diskussion erhalten noch die Vertreter der graphischen Verbände das Wort. Kollege Harder vom Buchbinderverband erklärt die Stellungnahme des Verbandstages der Buchbinder und tritt für möglichst intensive Arbeit zur Vereinigung ein. Kollege Pucher vom Hilfsarbeiterverband betont die Geneigtheit seiner Organisation, den Graphischen Industrieverband zu schaffen. Er hebt aber auch die besonderen Bedenken und Schwierigkeiten bei einer überstüpften Zusammenlegung hervor.

Berufe	2.4.21	2.7.21	1.10.21	31.12.21
Lithographen:	196	121	81	42
Steindrucker:	211	106	75	41
Formstecher:	4	32	22	8
Notenstecher:	10	4	4	—
Chemigraphen:	143	79	36	40
Xylographen:	—	—	—	1
Lichtdrucker:	41	22	12	13
Kupfer- u. Tiefdrucker:	14	12	9	5
Photographen:	146	129	81	55

Der Bestand des Invalidenfonds, der laut Beschluß des Magdeburger Verbandstages mündelicher angelegt worden ist und an den jedes Vierteljahr ein bestimmter Betrag (20 Pfennig pro Beitrag) abzuführen ist, betrug am Schlusse des Jahres 361 460,13 Mark.

Die übrigen Ausgaben sind im Jahreskassenbericht genau spezialisiert, so daß jeder Kollege die Möglichkeit hat, die gemachten Ausgaben zu prüfen und sich über den Stand unserer Verbandskasse genau zu informieren. Ob diese öffentliche Rechnungslegung, die ja nicht nur den Kollegen, sondern auch anderen daran interessierten zu Gesicht kommt, immer und unter allen Umständen das Richtige ist, darüber können die Meinungen mit Recht auseinander gehen. Sicher ist, daß die Unternehmerorganisationen es ablehnen, andern so tiefe Einblicke in ihre finanziellen Verhältnisse zu geben, wie es die Arbeiterorganisationen allgemein tun. Ob auch diese Frage wiederholt Gegenstand der kollegialen Aussprache war, dürfte es doch nicht ganz deplaziert sein, wenn der Nürnberger Verbandstag erneut zu dieser Frage Stellung nehmen würde. Die Neuregelung der Beitragsfrage und damit im Zusammenhang die Neuregelung der Unterstützungssätze infolge Neuordnung des Statuts erfordern sowieso eine eingehende Prüfung unserer Kassenverhältnisse. Dabei könnte auch diese Frage, ohne den Verbandstag besonders zu belasten, mit beraten werden. Welcher Weg bei einer anderen Form der allgemeinen Kontrolle der Kasse eingeschlagen werden könnte, zeigen einige gestellte Anträge an. Wege wären also schon vorhanden, ob es auch der Wille der Kollegen ist, das müßte der Verbandstag erweisen.

Mit diesen kurzen Ausführungen ist selbstverständlich nicht all das, was der Verband im Jahre 1921 geleistet hat, erschöpft. Nur um an einem Beispiele dies zu erweisen, sei auf das Abkommen mit dem Buchdruckerverband hingewiesen, das eine Regelung über die Besetzung und Bedienung der Offsetpresse versucht hat. Aber über all die den Verband und damit die Kollegenschaft tief berührenden Dinge ist in unserem Verbandsorgan, soweit dazu die Möglichkeit vorlag, eingehend berichtet. Es dürfte sich deshalb erübrigen und nur als Platzverschwendung zu verzeichnen sein, wenn all die schon behandelten Fragen selbst nur andeutungsweise noch einmal erwähnt würden. Zudem behandelt der vom Verbandsvorstand über die Zeit vom November 1919 bis Juli 1922 fertigestellte Rechenschaftsbericht an den Nürnberger Verbandstag all die vom Verband geleistete Arbeit in eingehender Weise, und der Verbandstag wird seine Meinung über diese Arbeit zum Ausdruck bringen.

Die Tatsache, daß in 14 Tagen die Beauftragten der Kollegenschaft über das, was in knapp drei Jahren vom Verbands geleistet worden ist, befinden werden, enthebt uns der Aufgabe, das Geleistete 1921 durch längere Ausführungen ins rechte Licht zu rücken. Es enthebt uns aber nicht der Pflicht darauf zu verweisen, daß die Hauptarbeit der Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung gelgolten hat. Wenn auch diese Arbeit sicherlich nicht den Erfolg gebracht hat, der von allen angestrebt worden ist, so ist sie aber durchaus nicht gering zu veranschlagen. Ob der Weg, der bisher in dieser Beziehung gegangen worden ist, richtiger war und ob dieser Weg auch in Zukunft weiter verfolgt werden soll, darüber wird der Verbandstag die Entscheidung fällen. Wie aber auch immer diese Entscheidung ausfallen möge, sicher ist, daß wir nur durch Einigkeit und Geschlossenheit erreichen können, was überhaupt erreichbar ist.

Diese Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen durch den Verband ist, wenn man von den seitenspringen Weniger absieht, im vergangenen Jahr allgemein gewahrt worden. Selbstverständlich sind auch in den kollegialen Beratungen die Meinungen oft hart aufeinander geplazt. Nicht selten gingen die Meinungen darüber, wie den Kollegen ein ausreichender Lohn zu verschaffen wäre, recht weit auseinander, und es hat nicht an Ratschlägen gefehlt, die bis jetzt geübte Methode ganz über Bord zu werfen.

Aber trotz all der auseinandergehenden Meinungen war die Zusammenarbeit im Verbands eine gute, und besonders alle Funktionäre waren bemüht, im Dienste der Kollegen in uneigennütziger Weise tätig zu sein. Diese Hingabe, diese Aufopferung und dieses Pflichtbewußtsein muß sich aber auch auf die Gesamtkollegenschaft übertragen. Ohne auf einige Erscheinungen besonders hinzuweisen, muß gesagt werden, daß nach dieser Richtung Besserung eintreten muß. Mag auch aus dem Verhalten eines Teiles der Kollegen der Schluß ge-

zogen werden können, daß aus dem Absichtstehen ein hohes Maß von Vertrauen dem Verband und seinen Funktionären gegenüber resultiert, so muß aber trotzdem darauf verwiesen werden, daß wirklich Großes nur geleistet werden kann, wenn jeder nach Maßgabe seines Könnens dem Verband seine Kräfte zur Verfügung stellt. Denn der Verband sind wir selbst, wir alle, die wir durch unsere Beitragszahlung erst die Grundlage schaffen zur gemeinsamen Arbeit. Deshalb ist es nicht nur ein Recht, sondern die Pflicht, daß jeder nach bestem Wissen und Gewissen dazu beiträgt, im Dienste der Gesamtkollegenschaft durch den Verband für die Gesamtkollegenschaft tätig zu sein.

Diese gemeinsame Tätigkeit Aller gegen Alle, diese Grundbedingung wahrer Solidarität und Kollegialität muß in Zukunft noch viel mehr geübt werden als es bisher der Fall gewesen ist, wenn wir bei den sich jetzt vollziehenden Umänderungen nicht ganz unter den Schlitzen geraten wollen. Die vollständig veränderte Bewertung unserer Arbeitskraft, die sich durch die Veränderung der allgemeinen Verhältnisse herausgebildet hat, wird auch nicht dadurch behoben, daß man die Augen vor der Tatsache schließt, daß unsere Gewerbe im allgemeinen keine lebensnotwendigen sind. Und selbst die schönsten Reden täuschen über diese Tatsache nicht hinweg. Was uns in dieser Beziehung fehlt, muß durch Einigkeit und Geschlossenheit nach Möglichkeit ersetzt werden. Alles andere ist Theorie im luftleeren Raum. Deshalb ist es unsere Pflicht, wollen wir auch in kommander Zeit den Dingen gegenüber gewappnet sein, unsere Organisation so auszubauen und zu stärken, daß sie allen Stürmen gewachsen ist.

Der Betriebsrat

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Der Wunsch der Gewerkschaften, mit den Betriebsräten auf das innigste zusammenzuarbeiten, dokumentierte der 11. Gewerkschaftskongreß durch Annahme der Entschließung Nörpel im Zusammenhang mit der Entschließung Brei und Genossen, die wir nachstehend folgen lassen:

„Die Gewerkschaften sind stets für die Ausgestaltung des Arbeitsrechts und die Mitbestimmung in der Wirtschaftsführung eingetreten. Die Vertretung dieser Forderungen war und ist allerdings abhängig von dem Stärkeverhältnis der gewerkschaftlichen Organisationen. Ihre Verwirklichung bleibt auch weiterhin eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften.“

Durch das inzwischen eingeführte Betriebsrätegesetz, das Bilanzgesetz und das Aufsichtsratsgesetz sind jetzt von den Arbeitnehmern freigeählte Vertretungen zugestanden worden, die gesetzliche Befugnisse innerhalb der Betriebe ausüben können. Die Alleinherrschaft der Unternehmer in ihren Betrieben ist damit im Prinzip durchbrochen.

Die Betriebsräte müssen nunmehr die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb wahrnehmen, deren Sicherung und Ausbau den Gewerkschaften obliegt.

Die Betriebsräte müssen die tariflichen Abmachungen in den Betrieben überwachen, deren Abschluß und Vollkommenheit Aufgabe der Gewerkschaften ist.

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung überhaupt zählen zu ihren Organen auch die gewählten Betriebsräte mit ihren gesetzlichen Aufgaben. Die Betriebsräte können daher nicht als solche Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer zur Durchführung bringen. Hierdurch ist die Stellung der Betriebsräte innerhalb der Arbeiterbewegung gegeben. In den Gewerkschaften ist der Einfluß der Betriebsräte in dem Maße gesichert, in welchem sich die Betriebsräte als Gewerkschaftsfunktionäre betätigen.

Die gesetzliche Regelung der Rechte der Arbeitnehmer ist unvollkommen und garantiert allein nicht die Durchführung unserer Forderungen. Die Gewerkschaften erstreben den Ausbau des Rechtes der Arbeit durch Tarifverträge und Gesetze. In dem Maße, wie dies gelingt, wird sich auch das Aufgabengebiet der Betriebsräte erweitern.

Die bisherige Erweiterung des gesetzlichen Aufgabengebietes der Arbeitnehmer hat den Gewerkschaften die unmittelbare Pflicht auferlegt, für ihre Mitglieder die errungenen Rechte restlos auszunutzen. Das gesamte Arbeitsrecht, die Wirtschaftsführung, das Handelsrecht werden auf der Arbeitgebersseite von Spezialisten bearbeitet. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte erstreckt sich jedoch auf alle diese Gebiete. Sie zu beherrschen, erfordert große Willenskraft, umfassende Erfahrungen und gründliches Wissen.

Die Gewerkschaften schaffen diese Grundlage durch ihre Presse, durch Versammlungen, durch Aufklärungsvorlesungen, durch Kurse und durch Entsendung von Mitgliedern in Lehranstalten zur Ausbildung in allen Fragen des Arbeitsrechts und der Wirtschaftsführung. Ebenso werden von den Gewerkschaften alle Streitfragen der Betriebsrätegesetzgebung fachkundig bearbeitet. Alle diese Maßnahmen sind noch auszubauen.

Gestützt auf diese Maßnahmen und Einrichtungen der Gewerkschaften, müssen die Betriebsräte selbst an ihrer Ausbildung mit eiserner Energie arbeiten. Sie müssen ihre Belegschaften aufklären und als Gewerkschaftsfunktionäre dafür eintreten.

Allgemeines.

Toll für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Der Verband im Jahre 1921. (Schluß.)

Kasse, Arbeitslosigkeit und Schlußbemerkung.

Die Führung der Lohnbewegungen und die finanziellen Aufwendungen bei Streiks betragen zusammen im Jahre 1921 239 669 Mark. Das ist nur ein kleiner Teil des Gesamtstats des Verbandes in diesem Jahre, der 4 838 789,51 Mark beträgt. Die Haupteinnahmen des Verbandes bestehen aus den Mitgliederbeiträgen, die in vierteljährlicher Zusammenrechnung folgendes ergeben:

im Quartal	Vollmitglieder Mk.	Halbmitglieder Mk.	Weibliche Mitglieder Mk.	Lehrlinge Mk.
1. Quartal	647 337	7284,20	7063,50	4472,30
2. „	1044 374	7706,35	6581,70	3079,20
3. „	108 3768	6170,60	7282,60	4274,80
4. „	11448 35	6513,10	7508,80	4028,40

Vom Beiträge bedient waren während des Jahres insgesamt 8 695 Mitglieder mit 42 117 Wochen, und zwar wegen Arbeitslosigkeit 4 389 Mitglieder mit 25 006 Wochen und wegen Krankheit 4 279 Mitglieder mit 17 111 Wochen. An Unterstützungen wurden dafür ausbezahlt: Arbeitslosenunterstützung 104 797,08 Mark und an Krankenunterstützung 196 553,05 Mark

Die Arbeitslosigkeit verteilte sich auf die einzelnen Sparten nach den statistischen Erhebungen wie folgt:

daß alle Arbeitnehmer ihre Klassenlage erkennen und Mitglieder der Gewerkschaften werden. Nur durch kampfkraftige Gewerkschaften können die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer restlos durchgeführt und erhalten, sowie erweitert werden.

Der elfte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands fordert daher alle Betriebsräte auf, mit aller Kraft als gesetzliche und gewerkschaftliche Vertrauensleute der Arbeiter für die Durchführung der Forderungen und Ziele der Gewerkschaften einzutreten.

„Das Betriebsrätegesetz kann als eine wichtige Waffe in der Vertretung der Arbeiterrechte wirken, wenn nur verstanden wird, daß das Gesetz richtig anzuwenden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß geistige Strebsamkeit, gewerkschaftliche Tüchtigkeit und längere Erfahrung zur richtigen Anwendung des Gesetzes notwendig sind. Nur die Betriebsräte konnten ihre Aufgabe voll erfüllen, die im engsten Zusammenhange mit den Gewerkschaften an die Lösung ihrer Aufgaben herangeführt sind. Obwohl es sich bei den Wahlen zu den Betriebsräten um wirtschaftliche Angelegenheiten handelt und das Gesetz den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit gibt, in den Betrieben ein weitestgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlich geregelter Arbeitsverhältnisse auszuüben, ist sehr oft bei den Neuwahlen die Aufstellung der Kandidaten nach parteipolitischen Grundsätzen erfolgt. Dadurch entstanden Streitigkeiten unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die für die gesamte Gewerkschaftsbewegung schädigend wirken mußten. Die nach parteipolitischen Grundsätzen gewählten Betriebsräte konnten ihre Aufgaben nicht voll erfüllen, weil der enge Zusammenhang mit den Gewerkschaften fehlte. Um diese Umstände zu beseitigen und die Neuwahlen zu den Betriebsräten einheitlich zu gestalten, beschließt der Gewerkschaftskongreß:

1. Die Gewerkschaften haben die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammensetzung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Sind in dem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

2. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören und, wenn sie Angestellte sind, bei einer der Afa angeschlossenen Organisation Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

3. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen der Afa anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden.

4. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.“

Photogr. Mitarbeiter.

Tarifrevisions-Verhandlungen im Bromsilber-Kunstdruck.

Am 3. Juli fanden endlich in Berlin die Tarifrevisionsverhandlungen zu dem Tarif der Kunstdruckbranche statt. Anwesend waren als Unternehmervertreter die Herren Tinzmann, Blau und Dr. Wagner, als Arbeitnehmervertreter die Kollegen Landa, Sohr und Hänlein. Wie immer wurden die Verhandlungen von einem der Vorsitzenden des Tarifamtes, und zwar diesmal vom Kollegen Landa geführt.

Vor Eintritt in die eigentlichen Tarifverhandlungen gab die Gehilfenseite dem Bedauern der Arbeitnehmer Ausdruck, daß eine Angleichung an den Steindruckertarif an der Ablehnung der Unternehmervorschläge gescheitert sei. Eigentlich rechtfertigte diese kleine Berufsgruppe nicht den besonderen Apparat, auch sei es immer schwierig gewesen, die Verhandlungen so zustande zu bringen, wie es notwendig gewesen, weil die Unternehmervertreter anderweitig vielfach überlastet waren. Deshalb habe man die ohne Begründung gegebene Ablehnung auf Gehilfenseite nicht verstanden. Wenn besondere Eigenart des Berufes vorhanden sei, möge man diesem nun auch in der Tarifberatung seitens der Unternehmer Rechnung tragen. Unternehmervorschläge wurden hierzu bemerkt, nicht besondere Verhältnisse lägen im Kunstdruck vor, sondern anders geartete. Auch diesmal wurden die Gründe für die Ablehnung nicht genannt. Hierauf wurde sofort in die Einzelberatung der Anträge eingetreten.

Die geringe Zahl der Anträge, 13 Gehilfen- und 7 Unternehmer-Anträge, beweist, daß man von keiner Seite von dem Grundaufbau, der dem Steindruckertarif nachgebildet ist, abgehen will.

Als Resultat der Beratungen ist folgendes zu verzeichnen: Zum Paragraph 1. Geltungsbereich des Tarifes, wurde eine Fassung gefunden, wodurch die dem Beruf zugehörigen Gehilfen und Gehilfinnen genauer erfaßt werden. Ferner sollen künftig Ungelernte in den Beruf nicht mehr zugelassen werden.

Bei der Arbeitszeit (§ 2) hatten die Gehilfen Verkürzung auf 46, die Unternehmer Verlängerung auf 48 Stunden beantragt. Hierzu wollten die Unternehmer die von den Gehilfen verlangte Verlängerung der Ferien (§ 7) konzedieren, in welcher Höhe, darüber sei noch zu reden. Dies lehnten die Gehilfenvertreter in ganz bestimmter Form ab, weshalb es bei Arbeitszeit und Ferien beim Bisherigen bleibt.

Zum tariflichen Mindestlohn wurden die bisher durch die tariflichen Zulagen erreichten Löhne zusammen genommen. Obschon die Unternehmer zugaben, daß die Angleichung der Löhne für die Gehilfinnen notwendig sei, wollten sie die Belastung der Firmen nach dieser Richtung hin zur Zeit nicht auf einmal übernehmen. Diese Angleichung sollte mehr bei den Zulagen stattfinden. Die tariflichen Mindestlöhne im Bromsilber-Kunstdruck betragen demnach ab 1. Juli 1922:

in Berlin		männlich	weiblich
im 1. und 2. Jahre nach der Lehre	825,- Mk.	601,50 Mk.	
Zulage ab 1. Juli	140,- „	112,- „	
	965,- Mk.	713,50 Mk.	
nachdem bis zum 21. Lebensjahre	851,50 Mk.	622,- Mk.	
Zulage ab 1. Juli	140,- „	112,- „	
	991,50 Mk.	732,- Mk.	
vom 21. bis zum 24. Lebensjahre	831,50 Mk.	644,50 Mk.	
Zulage ab 1. Juli	150,- „	120,- „	
	1031,50 Mk.	764,50 Mk.	
über 24 Jahre	990,- Mk.	736,50 Mk.	
Zulage ab 1. Juli	160,- „	128,- „	
	1150,- Mk.	864,50 Mk.	
Verheiratete oder mit eigenem Hausstand	15,- Mk.	15,- Mk.	
	1165,- Mk.	879,50 Mk.	
in Leipzig		männlich	weiblich
im 1. und 2. Jahre nach der Lehre	822,50 Mk.	599,60 Mk.	
Zulage ab 1. Juli	140,- „	112,- „	
	962,50 Mk.	711,60 Mk.	
nachdem bis zum 21. Lebensjahre	847,75 Mk.	618,35 Mk.	
Zulage ab 1. Juli	140,- „	112,- „	
	987,75 Mk.	730,35 Mk.	
vom 21. bis zum 24. Lebensjahre	877,75 Mk.	641,35 Mk.	
Zulage ab 1. Juli	150,- „	120,- „	
	1027,75 Mk.	761,35 Mk.	
über 24 Jahre	987,- Mk.	735,15 Mk.	
Zulage ab 1. Juli	160,- „	128,- „	
	1147,- Mk.	863,15 Mk.	
Verheiratete oder mit eigenem Hausstand	15,- Mk.	15,- Mk.	
	1162,- Mk.	878,15 Mk.	

Während die Gehilfen eine Herabsetzung der zulässigen Überstundenzahl auf 80 verlangte, wollten die Unternehmer diese auf 200 erhöhen. Es blieb beim alten Zustand (§ 4, Abs. 2).

Sodann wurde die Verhinderung von 2 1/2 Überstunden zur Umgehung der 1/2 stündigen Pause von den Unternehmern angenommen.

Bei nicht vorher angesagten Überstunden wird die Entschädigung nach § 4, Abs. 4 auf 5 Mark festgesetzt (bisher 1 Mark).

Die Lehrlingszahl (§ 5) wird dermaßen erhöht, daß auf je 8 Gehilfen 1 Lehrling gehalten werden kann. — Bei der geringen Lehrlingszahl ist dies ohne Bedenken. Wenn auch der Zustrom aus dem Porträtfach ein großer ist, kann man diese Unternehmer nicht unter den Sünden der anderen ausschließlich leiden lassen.

Festgelegt wurde auch, daß die Ferien in der Zeit vom 1. Mai bis 15. Oktober und in der Regel hintereinander gemacht werden müssen (§ 7, Abs. 2).

Bei Entschädigung aus § 610 BGB. (§ 8) wurde eingeschaltet hinter „Vormundschaft“ *Kriegsbeschädigten* zur Erlangung der Rente. Ferner wurde folgender Passus angefügt: „Den Gehilfinnen und Gehilfen wird ein Abzug vom Lohn für die Zeit der Verhinderung nicht gemacht, sofern die letzteren drei Stunden nicht überschreitet. Bei nachweisbar längerer Verhinderung in gleicher Sache ist auch diese Zeit zu bezahlen, jedoch nur, wenn zeitlich ein unmittelbarer Zusammenhang besteht.“ Die weiteren Anträge werden gegenseitig zurückgezogen. Damit waren die eigentlichen Tarifverhandlungen beendet und es blieben nur noch die Lohnzulagen zu vereinbaren.

Bezüglich der Gehilfen blieben die Unternehmer bei dem Abschluß wie im Steindruck und zwar bis 21. Jahr 140 Mark, von 21 bis 24. Jahr 150

Mark und über 24 Jahre 160 Mark pro Woche. Für die Kolleginnen wurden nach verschiedenen Zwischenanschlägen folgende Zulagen akzeptiert: Bis 21. Jahr 112 Mark, von 21 bis 24. Jahr 120 Mark und über 24. Jahr 128 Mark pro Woche. — Außerdem ab 1. bis 15. August für alle Beschäftigten — männlich und weiblich — 40 Mark weitere Zulage pro Woche.

Damit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht. Die Dauer des Tarifes ist wieder auf ein Jahr festgesetzt. In der Verhandlung selbst wurde bei der Streitfrage des 3. Pfingstfeiertages Gehilfenseitig darauf verwiesen, daß im Bromsilberdruck in bezug auf Arbeitszeit wesentlich bessere Verhältnisse vor dem Kriege in einer Anzahl Betriebe bestanden, wie im Steindruck. Über die Streitfrage des Haltens und Bezahls des 3. Pfingstfeiertages, bezüglich welcher zwischen den Verhandlungen eine Tarifamtsetzung stattfand, werden die endgültigen Entscheidungen des Tarifamtes abzuwarten sein. In der Sache der Photochemie kam es zu einem vorläufigen Vergleich.

w. h.

Die Tapetenbranche.

Lohnverhandlungen in der Formstecherbranche.

Infolge der immer aufwärts sich bewegenden Preise aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel machen auch neue Lohnverhandlungen für uns Formstecher sich wiederum notwendig. Dieselben fanden am 5. Juli in Goslar statt. Von seiten des Hauptvorstandes nahm der Kollege Schubart, sowie die Kollegen Wimer (Berlin), Kühl (Hildesheim) und Rodenkirchen (Köln), daran teil. Von Unternehmenseite waren von 4 nur 2 Vertreter erschienen, und zwar die Herren Hiedemann (Köln) und Oschmann (Hannover).

Unsere Forderungen wurden von dem Kollegen Schubart begründet. Er führte aus, daß durch die Vorkommnisse auf politischem Gebiete ein geradezu beängstigendes Anziehen aller Preise für Gebrauchsartikel festzustellen sei, wie man es in keiner anderen Lohperiode bis dato w. h. genommen hätte. Dieses hätte wiederum zur Folge, daß die von ihrer Hände Arbeit Lebenden auf alle Fälle versuchen müßten, ihr sowieso schon allzu karges Einkommen einigermaßen den Verhältnissen anzupassen. Aus diesem Grunde sehe die Gehilfenschaft sich genötigt, eine Lohnaufbesserung von 35 Prozent auf die zur Zeit bestehenden Löhne zu fordern. Von Herrn Hiedemann wurden diese Forderungen für unser Gewerbe als vollständig und durchführbar bezeichnet, doch wolle er gern anerkennen, daß die Forderung an und für sich in Anbetracht der traurigen Verhältnisse immer noch als maßvoll bezeichnet werden müsse, aber für unsere Branche würde es deren vollständigen Zusammenbruch bedeuten; darum müsse er die Gehilfenvertreter bitten, doch akzeptablere Forderungen zu stellen. Nachdem alle Gehilfenvertreter nachdrücklich für die Durchführbarkeit der geforderten Löhne eingetreten waren, eine Einigung auf dieser Grundlage sich aber als unmöglich erwiesen hatte, wurde nach vorausgegangener Einzelberatung unsererseits folgender Vorschlag unterbreitet: Vom 1. bis 15. Juli 29 Mark, vom 16. bis 31. Juli 30,50 Mark und vom 1. bis 15. August 32 Mark pro Stunde. Aber auch dieses ermäßigte Angebot erklärten die Herren Arbeitgeber leider noch nicht akzeptieren zu können und gaben kund, daß sie durch Generalversammlungsbeschluß gebunden seien nur folgendes Angebot machen zu können: Ab 1. Juli eine Zulage von 1,50 Mark pro Stunde und ab 15. Juli wiederum 1,50 Mark, so daß der Höchstlohn dann 27 Mark betragen würde. Dieses Angebot wurde von allen Gehilfenvertretern als vollständig ungenügend betrachtet und erklärt, daß wenn man uns weiter nichts zu sagen hätte, die heutigen Verhandlungen als gescheitert betrachtet werden müssen.

Nach abermaligem langen Hin und her einigte man sich dann auf folgende Lohnsätze:

Der im Paragraph 3 festgesetzte Mindestlohn beträgt:

	ab 1. 7. 22	vom 1. bis 15. 8. 22
im ersten Jahre nach der Lehrzeit	M. 22,50	M. 24,30
„ zweiten „ „ „	„ 23,80	„ 25,60
„ dritten „ „ „	„ 25,-	„ 26,80
vom 21. bis 24. Jahre	„ 26,20	„ 28,-
über 24 Jahre	„ 28,-	„ 30,-

Die Festsetzung der Löhne vom 1. bis 15. August wurde mit folgender Einschränkung angenommen: „Sollten für die Zeit vom 1. bis 15. August Verhältnisse eintreten, daß die für diese Zeit festgesetzten Löhne nicht mehr für uns ausreichend achtet werden können, wird den einzelnen Tarifkontrahenten das Recht eingeräumt, schon für Ende Juli neue Verhandlungen zu beantragen.“ Mit Vorstehendem hatten die äußerst schwierigen Verhandlungen ihr Ende erreicht. Die Verhandlungskommission glaubte im Interesse der gesamten Kollegen obigem Resultat einmütig zustimmen zu müssen. Hoffen wir, daß das Ergebnis von der deutschen Kollegenschaft ebenso einmütig aufgenommen wird.

C. Schubart.

Einige tüchtige FARBÄTZER

können sofort eintrreten. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbelen an
GUSTAV DREHER, Kunstanstalt, STUTTGART, Immenhoferstr. 23.

Lithographischen Maschinenmeister

für Merkanth- und Etikettendruck in dauernde angenehme Stellung für sofort oder später sucht
Buch- und Steindruckerei Jakob Lintz, Trier a. d. Mosel.

NOTENSTECHE

stellen ein

C. G Röder, G. m. b. H., Leipzig, Gerichtsweg 5/7.

Wir suchen für unsere Umldruckerel zum baldigen Antritt

1 Fertigmacher 1 Abzugmacher.

Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Altersangabe an
Rob. Leunis & Chapman, G. m. b. H., Papierverarbeitungswerke, Hannover.

ANDRUCKER für Blechdruck

welche auch gleichzeitig Umldrucke anfertigen können, per sofort gesucht. Schriftliche Angebote
schleunigst erbelen an
Berlin-Burger Eisenwerk, Akt.-Ges., Abtl. Bierling-Werke,
Heldena-Nord, Bez. Dresden.

Wir suchen

1 AUTOÄTZER für Qualitätsarbeiten,

1 FARBAETZER für Qualitätsarbeiten.

Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen und Angabe des frühesten Eintrittstermins an
Graphische Kunstanstalt ZERREISS & CO., NÜRNBERG, Pilotstr. 24.

Erstklassiger Maschinenretuscheur

in angenehme, gutbezahlte Dauerstellung sofort gesucht. Reisevergütung. Bei Wohn-
beschäftigung bin ich behilflich. Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe
des frühesten Antritts an

Graph. Kunstanstalt Fr. Wilh. Ruhfus, Dortmund.

AUGUST SCHULER, STUTTGART, Graphische Kunstanstalt sucht:

1 Andruker für Steindruck

zum Einlernen an der Offset-Handpresse für schwarz und farbig,

1 Photograph für schwarz und farbig, 1 Farbätzer, 1 Strichätzer

Es wollen sich nur tüchtige ältere Kräfte bewerben.

Wir suchen für sofort

einige tüchtige Auto- und Strichätzer

für technische Arbeiten, sowie

Positiv-Retuscheure.

Angebote unverheirateter Kräfte mit Zeugnissen, Lohnansprüchen und Eintrittstermin an
Brend'amour, Simhart & Co. Nachf., Düsseldorf-Oberkassel

Wir suchen

NOTENSTECHE

zu sofortigem Eintritt.

Mandruck A.-G., München, Theresenstr. 75.

Zum Eintritt für meine modern eingerichteten Graphischen Werkstätten in Großschönan i. Sa.
suche ich noch

3 Maschinenretuscheure

2 Autoätzer

2 Strichätzer

1 Andruker

zum sofortigen Antritt.

Graphische Werkstätten Arthur Blasig, Großschönan i. Sa.

Zwei tüchtige Messingstecher

gegen Höchstlohn, dauernde Beschäftigung, sofort gesucht durch den Arbeits-
nachweis.

August Künnecke, Hannover-Linden.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

1 Positivretuscheur auf Maschinen, 1 Strichätzer, 1 Nachschneider.

Nur tüchtige erfahrene Leute wollen sich melden

Karl Ulrich & Co., Graphische Kunstanstalt, Nürnberg.

Hervorragend tüchtige

Gravurlithographen

für Ansichten, unverheiratet, die Lust haben,
sich in Photolith auszubilden, gesucht, sowie
tüchtiger Schriftlithograph

für Entwurf und Ausführung, Gravur und Feder,
unverheiratet, sowie

Chromo-Lithograph

erfahren in Photolith und Entwurf, unverheiratet,
finden gute Stellung

Carl Weddigen,
Druckerel-Gesellschaft m. b. H.,
Barmen-R.

Auto- u. Strichphotograph

in dauernde Stellung gesucht. Bewerbungen mit
Angabe des Alters und Gehaltsansprüchen an

Max Feuerlein, Hamburg 11

Tüchtig. Nachschneider,

welcher das Drucken mit übernimmt evtl. per so-
fort gesucht.

Karl Schemmel, Dresden-A.,
Grüner Straße 12.

Tüchtiger

PHOTOGRAPH

für Auto und Strich gesucht.

Ludwig Grünwald, Elberfeld.

Ein hervorragend tüchtiger

Offsetdrucker

für festes Merkanth und Chromo findet dauernde
angenehme Stellung.

Carl Weddigen,
Druckerel-Gesellschaft m. b. H.,
Barmen-R.

Retuscheur

für erstklassige Maschinenretuschen möglichst für
sofort gesucht.

Karl Schemmel, Dresden-A.,
Grüner Straße 12.

Geucht

1-erstklassiger Reproduktions-Photograph

1 Farb-Ätzer,

der zugleich guter Schwarz-Ätzer ist

1 tüchtiger

Negativ-Retuscheur

Meyle & Müller, Pforzheim.

Steindruck- maschinenmeister

Umdruker

Abzugmacher

In dauernde angenehme Stellung sucht
Wiedemannsche Druckerel A.-G.
Saalfeld i. Thür.

Bewährte

Offset- u. Steindruck- maschinenmeister

finden sofort Stellung

Selmar Bayer, Berlin,
Reichenbergstr. 79.

Tüchtiger

Auto-Photograph

für Schwarz- u. Mehrfarbenaufnahmen als Leiter
unserer photographischen Abteilung gesucht. Gefl.
Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsan-
sprüche an

Georg Stritt & Co., Frankfurt a. M.,
Brönnenstraße 13.

Lith. Maschinenmeister

für feinen Chromodruck

findet dauernde Stellung.

J. Rothschild, Offenbach a. M.

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt

1 tüchtigen Fräser,

der auch montieren kann in angenehme Dauer-
stellung. Gefl. Angebote mit Angabe der Gehalts-
ansprüche erbelen an

Hodes & Co., G. m. b. H., Köln,
Maybachstraße 159.

1 tüchtig. Steindruck- maschinenmeister

sowie

1 tüchtig. Umdruker

für Zink und Stein

zu sofortigem Eintritt gesucht.
Uhlansche Buchdruckerel Stuttgart
Uhländstraße 1.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Werkstätten für Stein-, Zink- u. Offsetdruck,
Photomechanische Verfahren, Lithographie.
Auskünfte durch d. Direktion
der Kunstgewerbeschule in **Barmen**

Achtung: 1000 Mk.

denjenigen Kollegen, der mir noch guterhaltene
Blechtsäcken zur Presse vermitteln kann. Eil-
angebote an G. Schönberger, Steindr.-Meister,
Augsburg C 172.

Zinkdruckplattenfabrik G. m. b. H.

Berlin SO 16, Köpenicker-Str. 40/41

Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 15448

lieferung

Zinkdruckplatten für Lithographie und

Offset, sowie sämtliche Materialien

für d. Zinkdruck. Des ferneren

Schleifen und Körnen

gebrauchter Zink-

platten.



Sachgeschäft
für Zink- und Gummidruck

Sonderheiten:
Lagen für die verschiedensten Zwecke.
Auswahlfunktur, Zinkplatten u. alles
Zubehör zur Ausübung des Zinkdruck-
verfahrens.

Bestellen Sie die besten und Obersten
meiner Warenliste u. bez. Anleitung, das Sie
des Zinkdruckers. Beide Schreife werden
Ihren nächsten Ratgeber sein.

ZINKDRUCKPLATTEN

in Zinkätze. Auswahlfunktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.

KARL MESS, G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße 50

Fernruf Moritzplatz 12289.

GOLDPETOL



TROCKENPETOL

als Zusatz zur Goldunterdruckfarbe, bewirkt unbedingtes Pfaffen
sowie einen bisher unerreichten Hochglanz bei Bronzedruck.

ermöglicht schnellstes Trocknen der Auflagen nach dem Druck
und macht die Farben geschmeidig und druckfähig.

ALLEINIGE HERSTELLER:

BENSEL & GRÖNE = DETMOLD 26

Läger in allen größeren Plätzen des In- und Auslandes.